

Aus dem Inhalt:

- 0 Aus dem Gemeinderat
- 0 Nachtragsvoranschlag
- 0 Kartellbildung
- 0 Gemeinderatsbezüge
- 0 Energiekostenzuschuss

ATB: Das traurige Ende der Elektromotorenproduktion im Murtal

Die Schließung der Produktion der ATB in Spielberg ist ein schwerer Schlag für die Beschäftigten. Der Verlust des Industriezweiges Elektroindustrie hat aber auch schwerwiegende Folgen für die Zukunft unserer Region.

Seit den 1970igern, mit der Schließung des Bergbaus in Fohnsdorf und der weltweiten Stahlkrise befindet sich unsere Region in einem ständigen Abwärtstrend. Viele Zusagen wie z.B. der Luftfahrtcluster bei der Beschaffung der Abfangjäger oder der Ansiedlung eines Motorenentwicklungszentrums bei der Revitalisierung des Ö-Rings haben sich nicht bewahrheitet oder realisieren lassen.

Die industriellen Kernelemente in unserer Region sind im wesentlichen die Holz- und holzverarbeitende Industrie, die Stahlveredelung, Stahlverarbeitung, Maschinenbauindustrie, Zellstoff und Papierindustrie und rund um die ATB eine Elektroindustrie.



Mehr als 1.000 Menschen marschierten für den Erhalt der ATB

Die ATB hat eine bewegte Geschichte. Bis zur Bauknechtpleite war das Werk im wesentlichen ein Zulieferbetrieb für das private deutsche Stammwerk. Nach der Rettung durch die Übernahme von Bund und Land Steiermark entwickelte die ATB eine eigene Motorenherstellung mit eigenem Vertrieb.

Nach sechs Jahren wurde der Betrieb wieder privatisiert, von den Investoren wirtschaftlich an die Wand gefahren und wieder durch die öffentliche Hand aufgefangen. Leider nur um dann wieder privatisiert zu werden.

Ursprünglich war das Werk mit rund 2.200 Beschäftigten einer der größten Betriebe in unserer Region mit vielen relativ gut bezahlten Frauenarbeitsplätzen. Jeder der zahlreichen privaten Investoren hat

nach seinem Abgang einen kleineren Betrieb mit weniger Beschäftigten hinterlassen.

Zuerst wurden öffentliche Förderungen kassiert, dann wurde der Betrieb ausgepresst, Forschung und Entwicklung vernachlässigt. Selten wurden neue Investitionen getätigt. Um den Profit zu maximieren wurden Lohnverzicht und der Verzicht auf bezahlte Pausen durchgesetzt und die Antreiberei verstärkt.



KPÖ-GemeinderätInnen unterstützten die Proteste

Wir sind der Meinung mit einer Übernahme durch die öffentliche Hand hätte sich auch jetzt eine Chance für das Überleben der Elektroindustrie in unserer Region aufgetan. Bei einem Betrieb in öffentlichem Eigentum muss nicht zwingend die Gewinnerwartung an erster Stelle stehen. So kann in Ruhe, auch in Zusammenarbeit im Universitäten, die Entwicklung neuer Produkte und Technologien forciert werden um die Produktion auch längerfristig abzusichern.

Wir wollten Wege aufzeichnen wie die Elektromotorenindustrie längerfristig eine Zukunft in unserer Region haben könnte und haben ein Konzept entwickelt. In den Gemeinderäten von Spielberg, Judenburg und Knittelfeld haben wir den Antrag gestellt eine Initiative für den Erhalt des „Standbeins Elektroindustrie“ ins Leben zu rufen an der die politischen VertreterInnen aller Parteien unserer Region mitarbeiten. Die Arbeit dieser Initiative sollte sich an folgenden Zielen und Maßnahmen orientieren:

Fortsetzung Seite 2 ➔

Maßnahmen zur Erreichung der Ziele:

- Übernahme des Produktionsstandortes der ATB durch die öffentliche Hand.
- Marktforschung und Analyse im Bereich elektrischer Antriebssysteme.
- Erhaltung und Fortführung der derzeitigen Produktion von Elektromotoren bei ATB bis zur Serienreife neuer Produkte in diesem Segment.
- Schaffung eines von der öffentlichen Hand geführten Innovations- und Kompetenzzentrums für elektrische Antriebssysteme unter Einbeziehung von entsprechenden Universitäten incl. Errichtung einer Außenstelle.
- Ansiedlung einer Fachhochschule für Elektromobilität und Antriebssysteme.
- Vernetzung aller in diesem Bereich tätigen Firmen mit dem Ziel Synergien zu nutzen.
- Einrichtung einer Ideenschmiede für alternative Antriebsmöglichkeiten
- Ausschreibung eines Ideenwettbewerbes für nachhaltige Produktionen in diesem Segment.

Forderungen zur Erreichung der Ziele:

- Die Bundesregierung wird aufgefordert mit den Besitzern von ATB in Verhandlungen zur Übernahme in das öffentliche Eigentum einzutreten.
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für eine Sonderfinanzierung der Region Murtal.
- Einrichtung eines Entwicklungs- und Innovationsfonds für das Murtal.
- Einrichtung eines Koordinationsbüros zur schrittweisen Planung und Umsetzung der Maßnahmen.
- Sonder-Wirtschaftsförderungen bedingen eine verpflichtende Beteiligung der öffentlichen Hand um so ein Mitspracherecht zu gewährleisten.

In Spielberg und Judenburg wurde der Antrag mit den Stimmen von SPÖ und KPÖ beschlossen, in Knittelfeld mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Die Beschlussfassung des Antrags durch den Spielberger und Judenburger Gemeinderat hätte ein erster Schritt sein können. Ein Schulterchluss aller politischen Kräfte unserer Region wäre nötig gewesen um aktiv für die Inhalte des Antrags zu werben und den

Antrag damit mit Leben zu erfüllen. Das ist leider nicht geschehen.

In der Zwischenzeit wurden durch die Demontierung und den Abtransport der Maschinen Fakten geschaffen. Der Abbau der Maschinen hätte mit allen Mitteln - auch mit Blockaden und einem Streik - verhindert werden müssen.

HTP Fohnsdorf	-70
Mondi Zeltweg	-100
RHI Trieben	-240
Voest Kindberg	-250
Böhler Kapfenberg	-300

Und jetzt:

ATB-Spielberg -400?!

Die Obersteiermark darf nicht sterben!

KPÖ

Der Betriebsrat der ATB hat sich die Rettung durch ein günstiges Urteil des Insolvenzgerichts und einen neuen Investor erhofft. Nach den vielen schlechten Erfahrungen hätte man wissen müssen dass private Investoren keine Wohltäter sind. Ein Betrieb wird nicht erworben um Arbeitsplätze zu retten sondern um Profit zu machen. Das eingesetzte Kapital muss eine möglichst hohe Rendite bringen. Das ist das Gesetz des Kapitalismus.

Das Gericht hat gegen den Betriebsrat entschieden und den Verkauf der Maschinen genehmigt. Mit dem Abtransport der Maschinen wurde das Schicksal der ATB besiegelt. Unserer Region verliert damit das wichtige Standbein der Elektroindustrie und 360 Menschen sind arbeitslos. Unserer Meinung nach wäre diese Entwicklung nicht alternativlos gewesen. Natürlich gibt es keine Garantie, dass unser Konzept aufgegangen wäre, aber es nicht einmal zu versuchen ist ein Schaden für unsere ganze Region.

Nachtrag

Oft wird eine Beteiligung der öffentlichen Hand abgelehnt und verpönt. Dabei ist das eine Chance zur Sicherung der Industrieproduktion in Europa. Nicht umsonst ist z.B. das Land Niedersachsen Miteigentümer bei VW oder Frankreich und Deutschland bei Airbus.

Aus dem Gemeinderat

Hohe Musikschularife

Wie in jedem Jahr wurde wieder eine Erhöhung der Musikschularife beschlossen. Die KPÖ stimmte der Anhebung nicht zu, denn für uns sind die Musikschularife zu hoch. So zahlen z.B. Erwachsene im Hauptfach für das ordentliche Studium 951 Euro, Schülerinnen 492 Euro im Jahr.

Fehlendes Schulkonzept

Die Benutzungsbewilligung von Räumen der ehemaligen Lindenallee Volksschule an die „Montessorischule im Aichfeld“ wurde wieder um ein Jahr verlängert. Seit vielen Jahren wird der Vertrag um ein Jahr verlängert mit dem Hinweis „dass über eine Verlängerung oder Änderung erst nach Vorliegen des Knittelfelder Schulkonzeptes entschieden werden kann“.

Das Knittelfelder Schulkonzept erinnert an die „Unendliche Geschichte“, es wäre aber wichtig endlich Klarheit zu haben wie die künftige Knittelfelder Schulstruktur aussehen soll. Deshalb hat KPÖ-GR Sonja Karimi nachgefragt. Der Bürgermeister antwortete, dass der Projektstart bald erfolgen werde.

Haustierrettung Murtal

Die Gemeinde plant in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden und Institutionen ein Konzept wie die Haustierrettung im der Region Obersteiermark West umgesetzt werden könnte. Die BDO Murtal GmbH wurde mit der Erstellung des Konzeptes beauftragt. Die Kosten von 8.000 Euro werden vom Land getragen. Es wäre sehr positiv, wenn das Projekt Haustierrettung umgesetzt wird.

Gratisparken endet

Zur Unterstützung der heimischen Betriebe in der Corona-Krise hat der Gemeinderat für einige Bereiche den Verzicht auf die Einhebung von Parkgebühren beschlossen. Nun wurde beschlossen diese Regelung mit Ende des Jahres auslaufen zu lassen. Ab 1. Jänner muss wieder in allen gebührenpflichtigen Bereichen bezahlt werden.

Sanierung Kulturhaus

Die Sanierung des Thekenbereichs und der Umbau im Theatercafé im Kulturhaus wurde beschlossen. Dafür sind rund 31.150 Euro eingeplant.

Sanierung Lutherstiege

Für Sanierungsarbeiten bei der Lutherstiege wurden 4.300 Euro beschlossen.

Liebe Knittelfelderinnen und Knittelfelder!

Auf welcher Seite steht die SPÖ?

Seit die SPÖ auf Bundesebene in Opposition ist hört man durchaus wieder gute Vorschläge von ihr, die Verbesserungen für die arbeitenden Menschen bringen könnten. Wenn sie in der Regierung ist, bleibt davon aber meist wenig übrig.

In Sonntagsreden geben sich sozialdemokratische PolitikerInnen oft kämpferisch. Wenn es darum geht etwas zu ändern, werden sie leiser oder finden nicht einmal in ihrer eigenen Partei Mehrheiten dafür.

In letzter Zeit haben wir dafür einige Beispiele erlebt: Bei den Kundgebungen für den Erhalt der ATB haben wir große Worte gehört. Von Streik und dem Anketten an die Maschinen wurde gesprochen. Gleichzeitig haben zwei ehemalige SPÖ-Staatssekretäre im Aufsichtsrat der ATB die Schließung befürwortet. Schließlich ist es bei Klagen vor Gericht geblieben.

Die KPÖ hat eine Initiative für die Sicherung der Elektroindustrie in der Region gefordert und auch in die Gemeinderäte eingebracht. Aus der SPÖ bekamen wir dazu unterschiedliche Reaktionen: In Knittelfeld hat die SPÖ unseren Antrag abgelehnt und zwar explizit, weil er die Übernahme der ATB ins öffentliche Eigentum gefordert hat. Die SPÖ bekannte sich zwar zur ATB, eine Vorstellung wie sie zu retten sei hatte sie aber nicht.

Anders in Spielberg und Judenburg, dort stimmte die SPÖ für den Antrag. Der Judenburger SPÖ-Stadtrat Christian Füller sprach davon, dass „es wieder notwendig ist über Verstaatlichung und Vergesellschaftung von Betrieben zu sprechen“.

Es ist natürlich schön das auch von einem Sozialdemokraten zu hören. Es zeigt aber auch das Dilemma dieser Partei. Es gibt zwar ehrliche SozialdemokratInnen, mit denen wir als KommunistInnen oft gemeinsame Standpunkte haben. Die sind in ihrer Partei aber in der Minderheit und auch nicht glaubwürdig, denn zumeist siegt letztlich doch der Klubzwang.

Ich war selbst rund zehn Jahre in sozialdemokratischen Organisationen aktiv, habe aber erkannt, dass sich die arbeitenden Menschen von der SPÖ nichts mehr erwarten können. Auch, weil sie unberechenbar geworden ist.

Sie verspricht oft wichtige Dinge, vergisst sie aber sofort wieder wenn sie in der Lage wäre sie umzusetzen. Denn leider ist die SPÖ sehr schnell bereit ihre Versprechungen und gesellschaftlichen Ziele über Bord zu werfen um in die Regierung zu kommen und an der Macht zu bleiben meint Ihr...

...KPÖ-Gemeinderat Josef Meszlenyi
E-Mail: josef.meszlenyi@kpoe-steiermark.at
Tel.: 03512/82240



Die Bezüge der GemeindefunktionärInnen

Viele Funktionen von Gemeinderäten sind mit einem monatlichen Bezug verbunden. Die Höhe des Bezuges des Bürgermeisters richtet sich nach der Anzahl der Einwohner der Gemeinde. In Knittelfeld beträgt das Grundgehalt des Bürgermeisters derzeit 6.819 Euro pro Monat.

Nachdem Bürgermeister Harald Bergmann seine Beschäftigung auf der Gemeinde ruhend gestellt hat, hat sich sein monatlicher Bezug damit um 25 Prozent auf 8.524 Euro erhöht. Vom Grundbezug des Bürgermeisters berechnet sich auch die Höhe der Bezüge der anderen Mitglieder des Stadtrates.

Der Stadtrat

Bezüge gerundet, brutto 14 x im Jahr

Bürgermeister: Harald Bergmann, 8.524 Euro
 1. Vize-Bgm.in: Martina Stummer, 2.046 Euro
 2. Vize-Bgm: Rene Jäger, 2.046 Euro
 Finanzreferent: Guido Zeilinger, 2.046 Euro
 Stadtrat: Erwin Schabhüttl, 1.364 Euro
 Stadträtin: Renate Pacher, 1.364 Euro
 Stadtrat: Christian Perschl, 1.364 Euro

Die Zusammensetzung des Stadtrates richtet sich nach dem Wahlergebnis. Die SPÖ hat fünf Sitze, ÖVP und KPÖ je einen. Die Höhe der Bezüge der Stadträte wird vom Land vorgegeben.

Mehr als 170.000 € Einsparungspotenzial

Die Gemeinderatsmehrheit entscheidet darüber, ob an Stadträte auch konkrete Aufgaben übertragen werden. Wir haben im Gemeinderat angeregt alle Stadträte mit einem Ausschussvorsitz zu betrauen. Das wäre ein enormes Einsparungspotenzial.

Denn StadträtInnen die einen Ausschuss leiten bekommen dafür keinen zusätzlichen Bezug. Vorsitzende die nicht im Stadtrat sind erhalten aber 18 Prozent des Bürgermeisterbezugs, das sind 1.227 Euro, 14 mal im Jahr. Wenn also der ÖVP und der KPÖ ein Ausschussvorsitz übertragen würde, könnten damit über die Gemeinderatsperiode gerechnet über 170.000 Euro(!) eingespart werden. Leider verhallte unser Appell ungehört.

In den Ausschüssen werden die Angelegenheiten der Gemeinde vorberaten. Die Anzahl der Ausschüsse wurde gegenüber der vorherigen Gemeinderatsperiode um zwei erhöht. Die Bezüge der Ausschussvorsitzenden regelt der Gemeinderat. Deshalb haben wir folgenden Antrag eingebracht:

Der Antrag der KPÖ:

Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld beschließt die Bezüge der Ausschussvorsitzenden auf zehn Prozent des Bezugs des Bürgermeisters zu senken.

Antrag der KPÖ zur Senkung der Bezüge von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt

Leider wurde auch unser Antrag die Bezüge der Ausschussvorsitzenden zu senken von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt. Die ÖVP war der Meinung die Höhe der Bezüge sei gerechtfertigt. Die FPÖ erklärte in Zeiten von Corona werde mehr Arbeit auf die Ausschüsse zukommen. Worauf sich diese Annahme gründet ist für uns allerdings unklar, denn gerade wegen Corona sind viele Veranstaltungen nicht möglich und viele Projekte müssen auf Grund der finanziellen Einbrüche der Gemeindefinanzen zurückgestellt werden.

Die Ausschüsse

- **Recht, Finanzen, Wirtschafts- und Tourismusangelegenheiten**, Vorsitz: Guido Zeilinger*
- **Raumplanung Bauwesen, Liegenschaftsverwaltung**, Vorsitz: Erwin Schabhüttl*
- **Bildung, Stadtentwicklung, internationale Beziehungen, Lebensqualität**, Vorsitz: Harald Bergmann*
- **Verkehr, öffentliche Sicherheit, Zivilschutz**, Vorsitz: Klaus Wallner
- **Kinder, Jugend, Familie**, Vorsitz: Regina Biela
- **Sport und Gesundheit**, Vorsitz: Anica Lassnig
- **Kultur, Vereinsangelegenheiten**, Vorsitz: Ingrid Kaltenegger
- **Umwelt, Klimaschutz, Tierschutzangelegenheiten**, Vorsitz: Martina Stummer*
- **Soziales, Frauen**, Vorsitz: Edith Pirker
- **Prüfungsausschuss**, Vorsitz: Dominik Modre

* Mitglieder des Stadtrates, daher ohne zusätzlichen Bezug. Die anderen Ausschussvorsitzenden bekommen für ihre Tätigkeit monatlich rund 1.227 Euro, brutto, 14 mal im Jahr.

Alle Ausschussvorsitzenden sind von der SPÖ, nur der Prüfungsausschuss entfällt laut Gesetz an die kleinste Fraktion, das ist die FPÖ.

Bezüge der ReferentInnen von SPÖ, ÖVP und FPÖ um 150(!) Prozent erhöht

Seit der letzten Gemeinderatsperiode gibt es auch ReferentInnen. Für sechs Fachbereiche wurden ReferentInnen bestellt. Auch diese erhalten einen monatlichen Bezug.

In der letzten Gemeinderatsperiode erhielten die ReferentInnen einen Bezug in der Höhe von vier Prozent des Bürgermeisterbezugs. Der wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ auf 10 Prozent erhöht. ReferentInnen erhalten somit statt 273 Euro nun 682 Euro brutto 14 mal im Jahr. Eine Steigerung von 150 Prozent. Nur die KPÖ stimmte gegen die Erhöhung.

Die Referate

- **Wirtschaft** Rene Jäger*
 - **Sport** Christian Perschl*
 - **EU-Angelegenheiten, Frauen und Integration** Deshire Shehu
 - **Forst und Landwirtschaft** Manfred Wachter
 - **Jugend** Manuel Tausenegger
 - **Vereinsangelegenheiten** Wilfried Sturm
- * **Mitglieder des Stadtrates, daher ohne zusätzlichen Bezug. Die anderen ReferentInnen bekommen für ihre Tätigkeit monatlich rund 682 Euro, brutto 14 mal im Jahr**

Wir haben schon immer die Meinung vertreten, dass die Bezüge der GemeindefunktionärInnen zu hoch sind. Zum Vergleich: Die Höhe der Mindestpension liegt bei 966 Euro.

In den Ausschüssen wird oft gute Arbeit geleistet, aber auch eine Entlohnung von 10 Prozent des Bürgermeisterbezuges (rund 682 Euro brutto, 14 mal im Jahr) ist ein nicht unerhebliches Nebeneinkommen. In der Gemeinde Spielberg bekommen die Ausschussvorsitzenden überhaupt keinen Gemeindebezug. Leider wurde unser Antrag von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

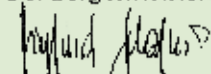
Viele Menschen sind von der Politik frustriert und nehmen ihr Wahlrecht nicht mehr wahr. In Knittelfeld war die Wahlbeteiligung bei den Gemeinderatswahlen mit rund 41 Prozent katastrophal. Eine freiwillige Senkung der Bezüge der Ausschussvorsitzenden wäre ein starkes Signal an die Bevölkerung gewesen und hätte die Glaubwürdigkeit der Politik verbessert.

Völlig unverständlich ist uns, wie SPÖ, ÖVP und FPÖ die Bezüge der ReferentInnen anheben konnten. Die Gemeindefinanzen sind durch den Wegfall vieler Einnahmen in arger Bedrängnis. Viele Menschen sind derzeit arbeitslos, oder haben andere wirtschaftliche Schwierigkeiten. In Zeiten wie diesen die Bezüge von GemeindefunktionärInnen um 150 Prozent anzuheben ist wie ein Hohn auf die Sorgen der GemeindebürgerInnen.

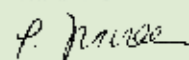
Bestätigung

Mit der Gemeinderatswahl vom 21. März 2010 wurde Frau Ing. Renate PACHER in den Gemeinderat der Stadt Knittelfeld gewählt. In der konstituierenden Sitzung am 14. April 2010 wurde Frau Ing. Pacher zur Stadträtin gewählt. Damit steht ihr Bezug als Stadträtin zu. Dieser Bezug wird auf das Sparbuch der KPÖ Knittelfeld, BLZ 20815, Steiermärkische Bank und Sparkassen AG KNR. 26010036262 überwiesen

Der Bürgermeister


Siegfried Sahafarik
Bürgermeister

F.d.R.d.A.



StR. Renate Pacher nicht mehr Frauenreferentin

In der vorherigen Gemeinderatsperiode hat die SPÖ einige Bereiche an die anderen Gemeinderatsfraktionen übertragen. So war Rene Jäger (ÖVP) Wirtschaftsreferent, Dominik Modre (FPÖ) Verkehrsreferent und Renate Pacher (KPÖ) Frauenreferentin. Damit ist es nun vorbei. Lediglich Rene Jäger behielt die Funktion als Wirtschaftsreferent.

Als Frauenreferentin hat StR. Renate Pacher an den Veranstaltungen zum Internationalen Frauentag mitgewirkt, auf ihre Initiative hin ist Knittelfeld nun neben Graz die einzige steirische Gemeinde die regelmäßig Aktionen und Veranstaltungen zum Equal Pay Day durchgeführt hat. Es wurde für das Frauenvolksbegehren gewoben und nach jahrelangem zähem Ringen gibt es nun in Knittelfeld endlich eine Krisenwohnung für Frauen.

Die ReferentInnen werden vom Gemeinderat bestellt. Laut Gemeindeordnung müssen alle Unterlagen zu einer Gemeinderatssitzung eine Woche vorher zur Einsicht aufliegen. Trotz mehrmaligen Nachfragens auf der Gemeinde erhielten wir keine Einsicht in die Liste der neuen ReferentInnen. Auch auf die Bitte um einen Rückruf hat der Bürgermeister nicht reagiert.

Erst in der Gemeinderatssitzung, bei der Verlesung des entsprechenden Tagesordnungspunkts, hat sich unsere Vermutung bestätigt, dass StR. Renate Pacher nicht mehr Frauenreferentin ist. Eine vorherige Information oder ein persönliches Gespräch hielten die Gemeindeverantwortlichen nicht für nötig. Guter politischer Stil sieht für uns anders aus.

Offenlegung

Seit 2010 ist die KPÖ mit Renate Pacher auch im Stadtrat vertreten. Mit dieser Funktion ist ein Bezug in der Höhe von 1.364 Euro brutto, 14-mal im Jahr, verbunden.

Dieses Geld wird gemäß dem Statut unserer Partei zur Gänze an die KPÖ-Bezirksorganisation Knittelfeld abgeliefert. Der Bezug wird jeden Monat direkt von der Stadtgemeinde an die KPÖ-Knittelfeld überwiesen. Mit diesem Geld finanzieren wir unsere Gemeinderatstätigkeit, die Herausgabe der Knittelfelder Nachrichten und unsere politische Arbeit.

.....
Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher. Druck: Fa. Gutenberghaus



Gedruckt nach der Richtlinie „Drucker des Österreichischen Umweltzertifikats“
UW-Nr. 944, 8720 Knittelfeld

Nachtragsvoranschlag: Die Corona-Krise macht die Unterfinanzierung der Gemeinden deutlich

SPÖ, ÖVP und FPÖ haben in der letzten Sitzung den Nachtragsvoranschlag und den mittelfristigen Finanzplan beschlossen. Langsam werden die finanziellen Folgen, die die Coronakrise für die Gemeinden hat, deutlich.



Sowohl die Ertragsanteile, als auch die Kommunalabgabe sind massiv eingebrochen. Viele Erträge, wie z.B. Park- oder Kindergartengebühren fehlen. Investitionsvorhaben in der Höhe von rund 1,4 Mio. Euro wurden gestoppt.

Die KPÖ warnt seit Jahren vor der Unterfinanzierung der Gemeinden. Wir haben als Protest gegen die mangelnde Finanzierung gegen den Nachtragsvoranschlag und den mittelfristigen Finanzplan gestimmt.

GR Josef Meszlenyi: Die Gemeinden bräuchten ausreichende Mittel, das zeigt diese Krise noch deutlicher. Es wäre beispielsweise Zeit die Landesumlage in Frage zu stellen. Unsere Gemeinde muss heuer rund 819.000 Euro an das Land bezahlen. Wir begrüßen zwar, dass die Gemeinden jetzt von Bund und Land Geld für Investitionen bekommen. Aber Geld lediglich für Investitionen zu erhalten ist nur eine sehr beschränkte Hilfe. Die Gemeinden brauchen auch dringend Mittel für den laufenden Betrieb.

Die Gemeinden müssten sich zusammenschließen und mehr Geld fordern. Denn sie haben immer weniger Geld für immer mehr Aufgaben. Dabei müssten die GemeinderätInnen von SPÖ und ÖVP im Interesse der Gemeindefinanzen auch gegen ihre Bundes- und Landesparteien auftreten.



Seit Jahren gibt es für **MindestpensionistInnen und BezieherInnen von RehaGeld und Mindestsicherung einen Heizkostenzuschuss, der zuletzt auf Antrag der KPÖ auf 60 Euro angehoben wurde.**

Später wurde zusätzlich ein **Energiekostenzuschuss von 40 Euro eingeführt, allerdings nur für MindestpensionistInnen.**

Diese Ungleichbehandlung von Menschen mit geringem Einkommen war ein Kniefall der SPÖ vor der FPÖ. Wir haben das stets kritisiert und mehrere Anträge zu einer Vereinheitlichung gestellt. Die wurden von SPÖ und FPÖ immer abgelehnt.

Zusehen im Gemeinderat: Auch von Zuhause aus!

Gemeinderatssitzungen sind grundsätzlich öffentlich. Interessierte BürgerInnen können zuhören und sich so ein Bild machen. Die Wahlbeteiligung bei der Gemeinderatswahl im Juni (nur mehr 41%) hat gezeigt, dass die Gemeindepolitik viele Menschen in unserer Stadt nicht erreicht.

Die KPÖ ist darum der Meinung, dass alle Möglichkeiten genutzt werden müssen um möglichst breit über die Arbeit des Gemeinderates zu informieren.

Die Gemeindeordnung erlaubt nun auch den steirischen Gemeinden ihre Sitzungen mittels Live-Stream, also Liveübertragung im Internet, auszustrahlen. Wir haben uns hierzu Erfahrungen von anderen Gemeinden angehört.

In Krems an der Donau gibt es die Möglichkeit Sitzungen im Internet Live anzusehen bereits seit 2016. Der kommunistischen Fraktion war es sehr wichtig, dass die Sitzungen nicht nur live, sondern auch nachträglich angesehen werden können. Auf der Homepage der Stadt Krems können daher alle Gemeinderatssitzungen seit 2016 angesehen werden. Aus Krems konnten wir auch erfahren, dass die Qualität der Debatten steigt, wenn die Sitzungen für eine breite Öffentlichkeit zugänglich sind.

Auch einige steirische Städte, wie Fürstenfeld oder Bad Radkersburg, übertragen ihre Sitzungen. Die Coronakrise und ihre Beschränkungen sind sicher auch ein Argument für Liveübertragungen. Man muss alles tun um das Interesse der BürgerInnen an der Gemeindepolitik zu wecken und allen KnittelfelderInnen die Chance geben sich selbst ein Bild zu machen. Wir haben diese Idee im Gemeinderat eingebracht. Der Bürgermeister war eher skeptisch. Wir hoffen dass der Vorschlag letztlich doch aufgegriffen wird.

Energiekostenzuschuss:

Endlich für alle Menschen mit geringem Einkommen

Nun wurde im Gemeinderat endlich beschlossen den Zuschuss auf 120 Euro anzuheben und auch an BezieherInnen von RehaGeld und Mindestsicherung auszuzahlen. Das ist sehr positiv, lediglich die FPÖ lehnte die Erhöhung und Vereinheitlichung ab.

Steiermärkische
SPARKASSE 
In jeder Beziehung zählen die Menschen.

50.000 €

**Corona-Solidaritätsfonds
ist noch nicht ausgeschöpft!**

Der Gemeinderat hat die Einrichtung eines Corona-Hilfsfonds in der Höhe von 50.000 € beschlossen.

Nun ist uns aufgefallen, dass der Fonds im Nachtragsvoranschlag nur mit 40.000 Euro ausgewiesen ist. Wir haben nachgefragt: Der Coronafonds wurde zu Beginn sehr gut angenommen, bis jetzt gab es 70 Anträge. Dann ließ der Andrang nach. Momentan sind noch 24.250 Euro im Fond.

Es wird sicherlich noch KnittelfelderInnen geben, die eine Unterstützung gut gebrauchen können. Deshalb wollen wir noch einmal auf diese Unterstützungsmöglichkeit hinweisen. Pro Familie werden einmalig 300 Euro vergeben, für jedes Kind zusätzliche 50 Euro. Es gibt Einkommensgrenzen, Ansuchen können bei der Gemeinde Knittelfeld eingereicht werden.

Bedingung für eine Auszahlung ist Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit auf Grund der Corona-Krise.

Einladung zum KPÖ-Stammtisch

Wir wollen trotz Corona die Gelegenheit geben zu reden, diskutieren und sich informieren. Selbstverständlich beachten wir dabei die erlassenen Vorschriften.

Jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat
KPÖ-Parteiheim Knittelfeld, Friedensstr. 10,
ab 18.00 Uhr



**Raiffeisenbank
Aichfeld**



Klage wegen Kartellbildung:

34(!)% Bonus für Prozessdienstleister

Im Jahr 2016 wurden mehrere LKW-Produzenten von der Europäischen Kommission wegen illegaler Preisabsprachen zu Strafzahlungen verurteilt. Das betrifft die Firmen DAF, Daimler, IVECO, MAN, Renault, Scania und Volvo. Daher besteht nun für die Geschädigten ein Anspruch auf Schadenersatz. Allerdings muss dieser Schadenersatz erst eingeklagt werden.

Als geschädigt gelten alle Käufer, die im Zeitraum von 2005 bis 2013 Fahrzeuge gekauft haben. In Knittelfeld wurden drei Feuerwehrfahrzeuge von diesen Firmen angeschafft, die von der Gemeinde mitfinanziert wurden.

Nun wird der Schadenersatz mittels einer Sammelklage eingeklagt. Der Prozess wird über den privaten deutschen Prozessfinanzierer „Adovin GmbH“ abgewickelt. Im Falle eines Prozessverlustes trägt der Prozessfinanzierer die Kosten. Im Fall des Gewinns bekommt er allerdings ein Erfolgshonorar in der Höhe von 34(!) Prozent der erstrittenen Summen.

Die EU-Kommission hat bereits festgestellt, dass es illegale Preisabsprachen gegeben hat. Trotzdem müssen die Geschädigten ihr Recht erst bei Gericht erstreiten. Anstatt dass es automatisch Schadenersatz gibt schützt das Rechtssystem die Kartellbetrüger.

Dafür, dass die Käufer betrogen wurden müssen sie auch noch 34 Prozent der möglichen Ersatzsummen an einen Prozessfinanzierer abtreten. Da dies ein großer Fall ist, wird der private Prozessfinanzierer bei Prozessgewinn gewaltige Profite einstreichen.

KPÖ-GR Josef Mezlenyi hat das kritisiert und ange-regt, dass künftig öffentliche Institutionen, wie z.B. der Städtebund, solche Prozesse abwickeln sollten.

Enorme Preisunter-schiede bei Angeboten

Bei den letzten Ausschreibungen für Knittelfelder Straßenbauprojekte ist uns aufgefallen, dass es bei den Angeboten gewaltige Preisunterschiede gibt

Fa. PORR Bau GmbH	515.567,58 €
Fa. Granit GesmbH	655.176,58 €
Fa. Hitthaller + Trixl	731.928,03 €
Fa. Leithäusl	748.396,19 €
Fa. Kostmann	785.924,14 €
Fa. Strabag AG	897.336,80 €

Angesichts eines Preisunterschiedes von mehr als 380.000 Euro zwischen Best- und Höchstbieter, und das für ein und dieselbe Leistung, stellen wir uns die Frage wie so etwas erklärbar ist?

Unsere Homepage:

www.kpoe-steiermark.at

Die KPÖ-Murtal ist auch auf Facebook



Apfelberg: SPÖ, ÖVP und FPÖ beschließen die Schließung der Bürgerservicestelle

In der Fusionsvereinbarung zwischen den Gemeinden Apfelberg und Knittelfeld ist festgelegt, dass die Gemeinde in Apfelberg eine Bürgerservicestelle betreibt. Fünf Jahre später wird diese Vereinbarung gebrochen. Bürgermeister Harald Bergmann hat im Gemeinderat die Schließung mit März 2021 beantragt.

Die KPÖ hat sich dafür ausgesprochen die ApfelbergerInnen selbst darüber entscheiden zu lassen ob sie eine Bürgerservicestelle wollen.

Wenn sich zwei Drittel der ApfelbergerInnen in einer Volksbefragung gegen den Erhalt aussprechen, soll die Servicestelle geschlossen werden. In diesem Fall sollen die Einsparungen (rund 40.000 Euro pro Jahr) zweckgewidmet für Apfelberg verwendet werden.

Wird die Schließung abgelehnt soll die Erreichbarkeit verbessert werden. Denn Öffnungszeiten nur im Vormittag sind sicher nicht optimal.

Unsere Einwände und unser Antrag fanden kein Gehör. SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten für die Schließung. Wir finden es schade, dass nur fünf Jahre nach der Fusion wichtige Punkte der Vereinbarung einfach weggewischt werden.

In Sonntagsreden wird immer von Mitbestimmung und von mündigen BürgerInnen gesprochen und davon, dass man alles tun muss um der Politikverdrossenheit entgegenzuwirken. In der Praxis werden Vereinbarungen einfach über den Haufen geworfen und die Meinung der Betroffenen ist egal.

17. Oktober - Equal Pay Day

Am 17. Oktober hatten Männer in der Steiermark im Durchschnitt das selbe Einkommen erreicht, für das ihre Kolleginnen - bei gleichen Aufgaben und gleicher Leistung - noch bis zum Jahresende arbeiten müssen. In der Steiermark bekommen ganztägig vollzeitbeschäftigte Frauen durchschnittlich um 20,7% weniger als Männer. Im Murtal sind es sogar 23,6%!



Die KPÖ machte in einer Verteilaktion auf das Unrecht der unterschiedlichen Bezahlung aufmerksam

Verliererinnen in der Krise

In der Corona-Krise haben überproportional viele Frauen die Gesellschaft am Laufen gehalten. 70% der im Lebensmittelhandel Angestellten sind Frauen. 81,5% des Gesundheitspersonals (ohne ÄrztInnen) sind weiblich. 88% der Beschäftigten in Betreuungsberufen sind Frauen.

Systemrelevanz schlägt sich leider nicht in der Bezahlung dieser Berufe nieder. Ganz zu schweigen von den Belastungen die Frauen während der Ausgangssperre durch Homeoffice, Kinderbetreuung, Hausarbeit und Homeschooling erfahren müssen, und dem Anstieg von häuslicher Gewalt. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit (seit Februar) betrifft zu 85% Frauen.

Was wir brauchen - was wir fordern!

Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit. Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Mindestlohn von 1.700 Euro. Frauen vor Armut schützen. Mindestlehrlingsentschädigung in allen Branchen. Verpflichtende Väterkarenz. Das Recht auf einen kostenlosen, ganztägigen und qualitativ hochwertigen Betreuungsplatz für jedes Kind. Höhere Bezahlung und bessere Rahmenbedingungen für Beschäftigte in der Kleinkindpädagogik.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-STR. Renate Pacher und DSA Karin Gruber
Di. 10. Nov. KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld

Friedensstraße 10, 9.00 bis 11.30 Uhr,
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Lärmterror mit Überschallknall

In den letzten Wochen war die Lärmbelastung durch die Eurofighter besonders unerträglich. Massive Flugbewegungen mit Überschallknall standen auf der Tagesordnung. Lärm schädigt die Gesundheit. In der Corona-Krise werden hohe Schulden gemacht und es ist trotzdem für vieles kein Geld vorhanden. Steuergeld durch teure Flugstunden zu verschwenden ist ein Hohn. Vor den Gemeinderatswahlen haben die Bürgermeister versprochen die Lärmbelastung nicht hinzunehmen. Nun müssen sie aktiv werden!